

**NOCH FRAGEN?****Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Bettina Herlitzius MdB, Sprecherin für Stadtentwicklung  
 Daniela Wagner MdB, Sprecherin für Bau- und Wohnungspolitik  
 Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Verbraucher und Verkehr  
 TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552  
 info@gruene-bundestag.de

**ZUM WEITERLESEN:**

Bezahlbar und grün Wohnen (Flyer 17|62)  
 Grüne Stadt der Zukunft (Fraktionsbeschluss 10.9.2012)  
 Grüne Stadt der Zukunft (Dokumentation Kongress und Infotour)  
 Wege zu einer nachhaltigen Flächenpolitik (Fraktionsbeschluss 10.05.11)  
 Wohnraum in Deutschland zukunftsfähig machen (Fraktionsbeschluss 22.02.11)  
 Grüner Energiesparfonds (Fraktionsbeschluss 24.05.11)

**BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:**

17/11205	Energetische Quartiersanierung sozialgerecht voranbringen
17/10846	Baugesetzbuch wirklich novellieren
17/9583	Beitrag der Raumordnung zu Klimaschutz und Energiewende
17/9405	Konversion – zwischen Verwertungsdruck und Nachhaltigkeit
17/6444	40 Jahre Städtebauförderung
17/5368	Klimaschutz in der Stadt
17/5778	Klimaschutz und Energieeffizienz im Gebäudebereich

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

**IMPRESSUM:**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Gestaltung: WE DO communication GmbH GWA  
 Stand: November 2012, Schutzgebühr: 0,05 €



Großer Stern, Berlin. Quelle: picture alliance

# GRÜNE STADT DER ZUKUNFT

## Stadt für uns alle

UNS GEHT'S UMS GANZE



Park im Zentrum Erfurts. Quelle: picture alliance

**2050 werden weltweit über zwei Drittel der Menschen in Städten leben. In Deutschland sind es heute schon drei von vier. Grün, zukunftsstark und gestaltet mit den Kräften und zum Wohle aller, das ist unsere Vision von lebenswerten Städten.**

Menschen in zukunftsstarken Städten gehen schonend mit den Ressourcen um und sparen Energie, die Innenstädte sind lebhaft und Wohnraum ist bezahlbar. Sie unterhalten gute öffentliche Institutionen und grüne Räume, zu denen alle Zugang haben. Sie schützen ihre unbebauten Flächen im Umland und gestalten Mobilität nachhaltig und für alle zugänglich. Die grüne Stadt ist durch starke Bürgerbeteiligung, abgestimmtes Handeln und dezentrale Strukturen etwa bei der Energieversorgung gegen Krisen gewappnet. In diesen Kernanliegen der Stadtpolitik wird die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kommunen in ihrem Handeln stärken.

Wir unterstützen in der Bundespolitik eine ganzheitliche Stadtentwicklung rechtlich, durch Information und den Einsatz von Fördermitteln. Dabei setzen wir auf Bürgerbeteiligung und transparente Planungen von Anfang an.

# STADT DER TEILHABE

Die grüne Stadt der Zukunft lebt von einer aktiven Teilhabe der Bevölkerung. Die Proteste bei Großprojekten wie Stuttgart 21, aber auch bei zahllosen Bauvorhaben in kleinen Städten und Gemeinden haben es unlängst gezeigt: Bürgerinnen und Bürger fordern mehr Beteiligung an und Information über geplante Maßnahmen in ihrem vertrauten Umfeld. Stadtentwicklung kann nicht nur auf dem Reißbrett stattfinden. Die Umgestaltung unserer Städte gehört in die Hände derjenigen, die dort leben. Bund, Länder, Kommunen und BürgerInnen müssen gemeinsam an Lösungen arbeiten. Wir Grüne im Bundestag wollen Räume und Gelegenheiten schaffen, um Aufgaben und Konflikte aktiv anzugehen und zu lösen. Besonders wichtig: Beteiligung muss zu einem Zeitpunkt beginnen, an dem es noch wirkliche Planungsalternativen gibt.



*Demonstration gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21.  
Quelle: picture alliance*

## Grüne Maßnahmen:

- » Eine bessere Beteiligungskultur im Baurecht und bei öffentlichen Förderprogrammen wie der „Städtebauförderung“ verankern.
- » Ein Informationszugangsgrundrecht in das Grundgesetz aufnehmen, entsprechende Gesetze auf Bundesebene und in den Bundesländern reformieren. Denn beteiligen kann sich nur, wer weiß was los ist.
- » Mehr Beteiligung in der Alltagskultur ermöglichen, wie zum Beispiel durch städtisches Gärtnern oder die gemeinsame Gestaltung öffentlicher Räume.

# STADT FÜR ALLE

## Demografischen Wandel gestalten

Während manche Städte wachsen, schrumpfen andere. Einige altern rascher, andere langsamer. Niedrige Geburtenraten und hohe berufsbedingte Mobilität verändern die Gesichter von Städten und Regionen. Während mit dem Zuzug aus den „Speckgürteln“ oder vom Land die Mieten in den Städten steigen und manch ansässige BewohnerInnen aus ihren Stadtteilen verdrängen, stehen anderswo Wohnungen leer. In schrumpfenden Städten fehlt es an Infrastruktur wie beispielsweise Arztpraxen, und auch öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder oder Bibliotheken können von den Gemeinden oftmals nicht mehr bezahlt werden.

### Grüne Maßnahmen:

- » Regional und zeitlich angepasste Entwicklungsstrategien für zukunftsfähigen, bezahlbaren, altersgerechten und energetisch sanierten Wohnraum entwickeln.
- » Die Anpassung der Infrastruktur an den veränderten Bedarf in schrumpfenden Städten.

Treffpunkte der Generationen müssen erhalten bleiben.



*Die im Jahre 1928 eröffnete Bade- und Schwimmanstalt in Berlin Lichtenberg wurde 1991 geschlossen. Quelle: picture alliance*

## Gentrifizierung bremsen, Inklusion und Akzeptanz stärken

Wachsende Nachfrage, aber auch Modernisierungen wie Klimaschutz und altersgerechter Umbau können Mietsteigerungen bewirken, die für angestammte Mieterinnen und Mieter nicht mehr bezahlbar sind. Die Folgen sind deren Verdrängung durch finanzkräftigere Haushalte, die sogenannte Gentrifizierung und die wachsende soziale Spaltung der Städte. Zunehmend ver-inseln wohlhabende und benachteiligte Quartiere, letztere drohen, aus dem sozialen Gefüge der Stadt zu fallen. Überall muss Wohnraum mindestens altersgerecht, besser barrierefrei, umgebaut oder neu errichtet werden, denn der Bedarf ist riesig.

Der Inklusionsgedanke, dass Menschen mit Behinderung überall am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, muss generell das Fundament von Planungskonzepten bilden. Im Zuge dessen müssen auch Geschäfte, Praxen, öffentliche Einrichtungen, Stätten für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit sowie Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs stärker als bisher barrierefrei gestaltet werden. Wir Grüne im Bundestag setzen auf bunte, sozial gemischte Stadtquartiere, in denen sich junge Menschen, Familien mit Kindern und alte Menschen gut aufgehoben fühlen. Bürgerinnen und Bürger der grünen Stadt der Zukunft halten zusammen, über kulturelle Identitäten und ihre unterschiedlichen (Zuwanderungs-)Geschichten hinweg.

### Grüne Maßnahmen:

- » Mietsteigerungen stärker regulieren.
- » Kosten für die energetische Sanierung und den altersgerechten Umbau von Wohnraum fair verteilen und sozial abfedern (siehe auch: Flyer „Bezahlbar und grün wohnen“).
- » Wo viele benachteiligte Haushalte leben, die Stadtviertel und ihre Einrichtungen bei ihrer Integrationsaufgabe stärken, zum Beispiel indem die Einrichtungen vor Ort, wie Schulen oder Familienzentren besonders unterstützt werden.
- » Politikfeldübergreifende Strategien anregen und mit dem Programm „Soziale Stadt“ den weiteren Städtebau fördern.
- » Die öffentlichen Förderprogramme an altersgerechten oder barrierefreien Umbau koppeln und das Programm „Altersgerecht Umbauen“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) besser ausstatten.


# STADT UND NATUR

## Grünräume und Artenvielfalt

Die Stadt der Zukunft ist grün. Heute bieten unsere Städte wenig Anlässe und Flächen, um Natur zu erleben. Dabei sind Grünflächen, Luftschneisen und Alleen auch für das Stadtklima, den städtischen Wasserhaushalt und den Schutz von Tier- und Pflanzenarten dringend erforderlich. Inzwischen überhitzen manche städtischen Wohnlagen im Sommer derart, dass ihre Bewohner und Bewohnerinnen gesundheitlich gefährdet sind, vor allem Ältere und Kranke. Und, kaum zu glauben, aber die Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen ist in Städten oft höher als in ländlichen Regionen. Auch sie profitieren vom Grün in der Stadt. Es gilt also: Grünanlage vor Asphaltfläche.

### Grüne Maßnahmen:

- » Das beliebte städtische Gärtnern (urban gardening) und damit eine lebendige Alltagskultur fördern.
- » Stadtumbauprogramme stärken und damit die Brachflächeninitiativen fördern.
- » Artenvielfalt auf innerstädtischen Brachen und Freiflächen im Baurecht berücksichtigen und diese Flächen stärker vernetzen.



Urban Gardening.  
Zu Deutsch: macht aus  
der Stadt ein Paradies.

*Urbanes Gärtnern im Gemeinschaftsgarten „Küchengärten Limmer“ in Hannover, 2011.  
Quelle: picture alliance*



*Blick auf den Südturm der ehemaligen Bördebrauerei auf einer Brachfläche inmitten eines Wohngebietes in Magdeburg, 2009. Quelle: picture alliance*

## Weniger Fläche verbrauchen, Innenstädte stärken

Fläche ist ein knappes Gut. Der Flächenverbrauch in Deutschland ist mit rund 500 Quadratmetern pro Minute viel zu hoch. Viele Städte bevorzugen immer noch vermeintlich leicht zu entwickelnde Neubaugebiete am Stadtrand gegenüber der Reaktivierung von Brachflächen in bestehenden Siedlungen. Langfristige Folgekosten für den Erhalt der neuen Baugebiete, für Verkehrswege und Leitungen bleiben oft unberücksichtigt. Durch zunehmende Siedlungs- und Verkehrsfläche gehen die lebenswichtigen ökologischen Funktionen der Böden verloren. Zusammenhängende Lebensräume von Pflanzen und Tieren werden zerschnitten, und die Artenvielfalt nimmt ab.

### Grüne Maßnahmen:

- » Städte nach innen verdichten und die Nutzung der Außenbereiche einschränken und dafür bessere planerische Möglichkeiten und finanzielle Steuerungsinstrumente schaffen.
- » Bis 2020 den Flächenverbrauch auf höchstens 30 Hektar pro Tag senken, perspektivisch ganz stoppen.
- » Ein Grün- und Brachflächenkataster einführen, um die Auswirkungen auf Klima und Natur bei jeder neuen Bauplanung abzuwägen.
- » Bundeseigene Brachflächen in Innenstadtlagen, wie etwa ehemalige Militärflächen nach städtebaulich nachhaltigen Kriterien entwickeln sowie die Anforderungen des örtlichen Wohnungsmarktes berücksichtigen, dazu das Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ändern.

# STADT ALS INNOVATIONSMOTOR

## Mobilität

Grüne Stadtpolitik setzt auf eine klimafreundliche und gesunde Fortbewegung. Wir stärken Fußgänger und RadfahrerInnen und gestalten die Verkehrsflächen in den Städten sicherer und lebenswerter, insbesondere auch für Kinder und Ältere. Dazu treiben wir den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und der Radverkehrsnetze weiter voran. Klima- und gesundheitsschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen und Lärm vermeiden wir durch Stadtviertel mit kurzen Wegen, urbane, gesundheitsfördernde Mobilität zu Fuß und per Rad und öffentliche Strukturen, die das private Auto zunehmend überflüssig machen. Denn weniger Autoverkehr in Städten lässt Kindern mehr Bewegungsfreiheit und schafft Lebensqualität für alle. Wir Grüne im Bundestag wollen dazu unterschiedliche Fortbewegungsmöglichkeiten kombinieren.

## Grüne Maßnahmen:

- » Bessere Voraussetzungen für Kommunen schaffen, Tempo 30 auszuweisen.
- » „Shared space“<sup>1</sup> und „Begegnungszonen“ testen .
- » Im Bund deutlich mehr in Fuß- und Radverkehr und den ÖPNV investieren.
- » Das Abstellen von CarSharing-Fahrzeugen<sup>2</sup> im öffentlichen Raum erleichtern, besonders für Elektroautos.
- » Barrieren abbauen, durch abgesenkte Bürgersteigkanten, Bus- und Bahntüren, aber auch durch bessere Beleuchtung sowie leicht verständliche Fahrpreisgestaltung, Fahrpläne und Hinweisschilder.
- » Die Teilnehmerzahl im Umweltverbund (ÖPNV, Rad-, Fußverkehr) verdoppeln.
- » Den öffentlichen Verkehr klimaneutral machen.

<sup>1</sup> Neuer Ansatz in der Raumplanung.

<sup>2</sup> Gemeinsam genutzte Leihfahrzeuge



## Bildung

Viele Städte befinden sich in einem Strukturwandel. Häufig produzieren sie keine industriellen Waren und Güter mehr, sondern Wissen und Ideen, um Antworten und Lösungen auf Fragen und Probleme des 21. Jahrhunderts zu finden. Qualifizierte Bildungseinrichtungen sind die Basis einer intelligenten Stadt. Wir Grüne im Bundestag finden, jede und jeder muss von Anfang an und in allen Stadtteilen lebenslang die Chance zum Lernen haben. Herkunft, Wohnort, Geldbeutel der Eltern, Alter oder Geschlecht dürfen die Teilhabe an Bildung nicht einschränken. Bildungseinrichtungen helfen, Potenziale zu entfalten und Aufstiegsmöglichkeiten zu ergreifen. Das beginnt mit der frühkindlichen Bildung und hört bei der Volkshochschule noch lange nicht auf. Die Entwicklung urbaner Räume wird wesentlich geprägt von dem kreativen Potenzial einer Stadt. Wissenschaft und Forschung legen die Grundlagen für zukunftsfähige Wirtschaft und qualifizierte Arbeitskraft. Ebenso bedeutend für die Ausstrahlung einer Stadt ist ihr kulturelles Angebot, und inwieweit Räume für Kreativität (zum Beispiel Ateliers, Jugend- und Kulturzentren) vorhanden sind.

### Grüne Maßnahmen:

- » Stopp des unsinnigen Betreuungsgeldes. Stattdessen müssen die eingeplanten 1,2 Milliarden Euro umgehend für den Kita-Ausbau verwendet werden.
- » Bildungslandschaften, die zum Wohle der Kinder, Jugendlichen und der MitarbeiterInnen kooperieren, und zu erfolgreichen Bildungsbiografien beitragen, stärken.
- » Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich aufheben, damit Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam ihre Verantwortung in der Bildungspolitik übernehmen können.
- » Attraktive Rahmenbedingungen für Forschungseinrichtungen, Technologie- und Innovationsparks schaffen.
- » Langfristig die Mittel des Fonds „Soziokultur“ im Kulturerat des Bundes um ein Viertel erhöhen, nicht-investive Maßnahmen im Programm „Soziale Stadt“ zulassen.

# STADT IN GLOBALER VERANTWORTUNG

## Klimaschutz

Trotz des Klimawandels: In unseren Städten ist der Durst nach Strom und Wärme weiter ungebremst. Aus den städtischen Räumen gehen drei Viertel aller klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen hervor.

Um Ressourcen zu schonen und die globale Erwärmung auf das gerade noch zu bewältigende Maß von zwei Grad zu begrenzen, müssen wir unsere Städte bis 2050 nahezu klimaneutral gestalten und bereits bis 2020 40 Prozent Kohlendioxid einsparen, auch und gerade beim Heizen.

Durch energetische Sanierung können wir einen Großteil der Wärmeenergie einsparen. Am preiswertesten ist das, wenn sanierungsbedürftige Stadtteile im Ganzen, mit ihren Gebäuden, ihrer Infrastruktur zur Wasser-, Strom-, und Wärmeversorgung sowie ihrer Verkehrssituation betrachtet und erneuert werden.

## Grüne Maßnahmen:

- » Planerische und finanzielle Möglichkeiten der Kommunen für eine behutsame energetische Stadterneuerung stärken.
- » Zwei Milliarden Euro für das KfW- Gebäudesanierungsprogramm bereitstellen.
- » Eine sozial ausgewogene steuerliche Förderung einführen.
- » Energetische Quartierssanierung und Stromsparen insbesondere für einkommensschwache Haushalte unterstützen, finanziert aus einem Energiesparfonds in Höhe von drei Milliarden Euro jährlich. Dieser speist sich aus dem Abbau umweltschädlicher Subventionen.
- » Den Einsatz ökologischer Baustoffe gezielt stärken.
- » Nach Sanierung muss die Wärmeenergie zu mindestens zehn Prozent aus Erneuerbaren kommen, bis 2020 soll ihr Anteil insgesamt bei einem Viertel liegen.

## Ressourcen sparen

Wir Grüne im Bundestag setzen uns für einen sparsamen Umgang mit Rohstoffen ein, um die zukünftige Rohstoffknappheit zu meistern. Dazu wollen wir den Verbrauch von Primärrohstoffen in Deutschland insgesamt drosseln. Die Verknappung endlicher Rohstoffe wie Erdöl wird in den nächsten Jahrzehnten die städtischen Strukturen grundlegend verändern. Von einer reinen Entsorgungsverpflichtung wollen wir zu einer umfassenden Abfallvermeidung übergehen. Städte sollen das bislang ungenutzte Kapital an Wertstoffen im Müll erkennen und von Ressourcenverbrauchern zu Rohstoffminen werden.

### Grüne Maßnahmen:

- » Die Wiederverwertung gebrauchter Materialien verbessern, anstatt die Müllberge weiter wachsen zu lassen.
- » Die Sammelquote recyclingfähiger Materialien erhöhen.
- » Die Recyclingquote von Baustoffen erhöhen und die Verwendung nachwachsender Baustoffe besonders fördern.



*Altpapieranlieferung und -überprüfung vor der Weiterverarbeitung in Wernshausen bei Schmalkalden, Thüringen. Quelle: picture alliance*

## Global denken und handeln

Ohne die aktive Beteiligung der Städte und Kommunen in Deutschland und Europa sind Herausforderungen wie der Klimawandel nicht zu bewältigen. Städte und Kommunen stehen in globaler Verantwortung. Daher stärken wir eine faire und ökologische öffentliche Beschaffung, unterstützen die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung des Bundes und sorgen für bessere Informationen für die BeschafferInnen in den Kommunen. Um die Lebensbedingungen in Städten weltweit zu verbessern, setzen wir uns für die Umsetzung der „UN Habitat Agenda“ und des Millenniumentwicklungsziels „Nachhaltige Nutzung der Umwelt sichern“ ein.

# ZUSAMMENFASSUNG

Wir Grüne im Bundestag wollen Städte, die grün sind, zukunftsstark, und gestaltet mit den Kräften und zum Wohle aller. Grüne Stadtpolitik ist handlungsorientiert, transparent und bürgernah. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, die grüne Stadt von morgen lebenswert und ökologisch-sozial zu gestalten.

## Unsere wichtigsten stadtpolitischen Forderungen im Überblick:

- » Mehr und frühere Bürgerbeteiligung an Bauplänen und strategischen Entwicklungsplanungen, deutlich bessere Informationsrechte, und stärkere Bürgerbeteiligung an Vorhaben öffentlich geförderter Stadtentwicklung und Sanierung.
- » Eine Novellierung des Baugesetzbuches, für mehr Teilhabe, die Stadt für alle und eine sozial gerechte Stadtentwicklung, für Klimaschutz und die Energiewende und für die Innenentwicklung unserer Städte nach dem Leitbild „Grüne Stadt der kurzen Wege“.
- » Erhöhung der Städtebauförderung kurzfristig auf 610 Millionen Euro, perspektivisch auf 700 Millionen Euro jährlich. Wir streben zudem an, dass die Städte an der Städtebauförderung unabhängig von der Haushaltssituation vor Ort teilhaben können.
- » Ein mit drei Milliarden Euro ausgestatteter Energiesparfonds, aus dem Energiesparmaßnahmen vor allem für einkommensschwache Haushalte gefördert werden, darunter die energetische Quartierssanierung, ein Klimawohngeld, die energetische Sanierung kommunaler Gebäude, Energieberatung sowie Stromsparmaßnahmen für private Haushalte und die Industrie.
- » Die Aufstockung und Verstetigung der CO<sub>2</sub>-Gebäude-sanierungsprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von zwei Milliarden Euro im ordentlichen Bundeshaushalt.
- » Stopp des unsinnigen Betreuungsgeldes. Stattdessen müssen die eingeplanten 1,2 Milliarden Euro umgehend für den Kita-Ausbau verwendet werden.
- » Handlungsfähigkeit der Städte erhalten beziehungsweise wiederherstellen: Wir wollen die kommunalen Finanzen auf eine solide Basis stellen, in dem auf weitere Steuer-senkungen verzichtet und stattdessen die Finanzkraft der Kommunen verbessert wird. Wir fordern dringend eine kommunale Finanzreform, die ihren Namen verdient.